



Foto: imago/Reiner Zensen

Foto: AFP/Simon Maina



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 20. Dezember 2016

71. Jahrgang/Nr. 297

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Vernunft, kein Zauberwerk

Roland Etzel zur UN-Resolution über Aleppo

Politik ist die Kunst des Möglichen. Das wird bisweilen vergessen und soll es wohl auch. Nach den abgrundtiefen Gräben, die Hollande und Merkel zuletzt in Sachen Aleppo zwischen sich und allen anderen guten Menschen auf der einen sowie Assad und Putin auf der anderen Seite ausgehoben hatten, erscheint diese plötzliche Einigung im UN-Sicherheitsrat wie Zauberwerk. Sicher – es ist eine Momentaufnahme, und niemand weiß, wer morgen noch dazu steht. Aber nun ist das Papier da.

Es heißt, Resolutionsgrundlage sei der französische Entwurf geblieben – eine elegante Umschreibung, dass er es gerade nicht ist, aber wenigstens so heißen darf. Nach Pariser Intention wären die militärischen Sieger mit den besiegten Milizen auf eine Stufe gestellt worden, was ihre Präsenz in Aleppo betrifft. Darauf ist Russland nicht hereingefallen. Frankreich drohte erst mit dem Kriegsverbrecher-Tribunal – und änderte dann seine Meinung.

Da wirkte wohl die Macht des Faktischen. Das französische Blatt war ausgereizt. Russen und Syrer haben die Trümpfe in der Hand. Das musste sich auch in der Resolution widerspiegeln. Gar keine zu haben, hätte dem Westen noch viel weniger Einfluss in Aleppo erlaubt als mit diesem Papier.

Außerdem sieht man in Berlin, Paris und auch Washington leicht irritiert, dass Ankara offensichtlich unkomplizierter mit Moskau einig wird. Auch das hat zweifellos zur eigenen verbalen Abrüstung beigetragen und so die Einigung auf eine Resolution befördert.

UNTEN LINKS

Wahrsager und Astrologen haben 2016 mit ihren Vorhersagen praktisch immer falsch gelegen, behauptet die Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften (GWUP). Dabei handelt es sich um eine Truppe, die nach eigenen Angaben ungewöhnliche Behauptungen zwar mit Skepsis betrachtet, sie aber nicht vorschnell ablehnt. Das ist äußerst verdächtig! Auch ließ sich keine zweite Quelle mit identischen Forschungsergebnissen finden, sondern lediglich eine verblüffend ähnliche Aussage von Donald Trump, der sagte, man solle nicht irgendwelchen Scharlatanen trauen, sondern nur ihm. Die CIA enthüllte zwar, dass Trumps Äußerung auf sicheren Moskauer Informationen beruhte. Einer Einflussnahme Putins Glauben zu schenken, verbietet aber das Wissen über antirussische Propaganda hierzulande. Halten Sie sich daher besser an Horoskope: »Sie sind der Glückspilz des Tages« – juchui! Und: »Rhythmische Musik sorgt für gute Laune.« Lalalalalala ... rst

Illusion Win-Win-Wachstum

Öffentlich-private Infrastrukturprojekte sollen Investitionsmotor werden



Autobahnkreuz in Berlin-Westend

Foto: Ostkreuz/Andreas Muhs

Berlin. Wenn Deutschland ab 2017 die G 20-Präsidentschaft übernimmt, wird dabei auch die Frage im Zentrum stehen, wie das weltweite Wirtschaftswachstum angekurbelt werden kann. Seit Monaten arbeiten verschiedene Gruppen, darunter die multilateralen Entwicklungsbanken, die Weltbank und Finanzminister der G 20 an einer neuen Strategie. Ziel ist es, private Investitionen über öffentlich-private Partnerschaften (ÖPPs) in gigantische Infrastrukturprojekte zu lenken.

Nancy Alexander von der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington erklärt: »Die G 20 wollen sehr viel Geld ausgeben und sie können sich

nicht mehr auf den Welthandel als Motor des Wachstums verlassen.« Auf dem Gipfeltreffen 2016 in China wurde dafür die Globale Allianz zur Vernetzung von Infrastruktur ins Leben gerufen. Die Entwicklungsbanken haben zudem in einem gemeinsamen Papier erklärt, wie man über ÖPPs »von Milliarden zu Billionen«-Investitionen kommen müsse. Auf EU-Ebene wird diese Idee im Rahmen des Juncker-Plans umgesetzt, der Anfang Dezember von den EU-Finanzministern verlängert wurde.

Zahlreiche Beispiele zeigen, wie teuer ÖPPs für die öffentliche Hand werden können. In Deutschland hat das Kabinett in der vergan-

genen Woche die Einrichtung der umstrittenen Bundesfernstraßengesellschaft beschlossen. Nichtregierungsorganisationen vermuten, dass unter ihrem Dach ÖPPs zum gängigen Modell des Straßenbetriebs werden sollen. Und ein Gutachten der Beraterfirma PricewaterhouseCoopers im Auftrag von Sigmar Gabriels Ministerium zu »neuen Formen privater Finanzierung öffentlicher Infrastrukturvorhaben« legt nahe, das damit längst nicht das Ende erreicht ist. Dort werden neben anderen Bereichen auch Schulen und Kindergärten als potenzielle ÖPP-Kandidaten vorgeschlagen. jos Seite 2

Restlaufzeit für Pannenmeiler

Atomabkommen Deutschland-Belgien: regelmäßige Treffen und Inspektionen vereinbart

Deutschland und Belgien haben ein Atomabkommen unterzeichnet. Die Meiler in Doel und Tihange bleiben aber wohl noch neun Jahre am Netz.

Von Reimar Paul

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hält offenbar nicht viel von dem Atomabkommen, das sie am Montag in Brüssel mit dem belgischen Innenminister Jan Jambon unterzeichnete. »Ich kann damit nicht die Stilllegung von Tihange und Doel durchsetzen, auch wenn ich es gern tun würde«, sagte sie. In den belgischen AKW waren vor einigen Jahren Haarrisse in Druckbehältern entdeckt und diese daraufhin abgeschaltet worden. 2015 erlaubte die belgische Atomaufsicht ein Wiederanfahren der Anlage, das von Pannen begleitet war.

Die Vorfälle hatten in Nordrhein-Westfalen zu Besorgnis geführt – Tihange liegt nur 65 Kilo-

meter von Aachen entfernt. Die Landesregierung ließ Jodtabletten verteilen und schloss sich einer Klage der Region Aachen vor dem belgischen Staatsgerichtshof gegen den Weiterbetrieb an. Auch Hendricks würde die Meiler gern stillgelegt sehen. Belgien habe aber die Verantwortung für seine Energieversorgung und deren Sicherheit. Dort winkt man ab: »Im Moment bin ich 100 Prozent gewiss, dass unsere Atomanlagen sicher sind«, sagte Innenminister Jambon bei der Unterzeichnung.

Das Abkommen soll denn auch nur die Diskussion und den Informationsaustausch zu Sicherheitsfragen erleichtern. Es sieht die Einrichtung einer regelmäßig tagenden Kommission vor, die erste Sitzung soll Anfang 2017 stattfinden. Auch gegenseitige »Besuche« sind laut Hendricks verabredet.

Die Grünen kritisierten das Papier: »Die Bundesregierung hat eine wichtige Chance vertan, das Abkommen mit Leben zu erfül-

len«, sagte die Bundestagsabgeordnete Sylvia Kötting-Uhl. Besonders misslich sei es, dass für Bürger keine Mitsprache verankert worden sei.

Die Städteregion Aachen fordert verbindliche Vorgaben. »Si-

Auch Ministerin Hendricks würde die Meiler gern stillgelegt sehen.

cherheitsstandards, wie wir sie haben, müssen in vergleichbarer Weise auch bei den Nachbarn vorausgesetzt werden«, sagt Helmut Etschenberg (CDU), der dem Kommunalverband vorsitzt. Würden Standards nicht eingehalten, müsse es Konsequenzen geben.

Die sieben belgischen Druckwasserreaktoren – vier in Doel an der niederländischen Grenze und

drei in Tihange – gehören Electrabel, einer Tochter des französischen Energieversorgers Engie. 2003 beschloss Belgien den Ausstieg. Demnach sollten AKW stillgelegt werden, wenn sie 40 Jahre alt sind. Doel-1, Doel-2 und Tihange 3 wären so bereits 2015 abgeschaltet worden. 2009 entschied eine neue Regierung jedoch, die Blöcke zehn Jahre länger laufen zu lassen.

Dabei sprachen sich in Studien bis zu 75 Prozent der Belgier für einen Atomausstieg und Investitionen in Erneuerbare aus. Allerdings ist die Atomlobby sehr einflussreich. Und die Anti-Atom-Bewegung besteht nur aus einigen Hundert Aktiven.

Gleichwohl droht Electrabel Ärger. Die zuständige Behörde nimmt der Firma seit einem Jahr keinen Atommüll mehr ab. Deshalb bleibt dieser in den Atomanlagen – da die Lagerkapazitäten in Tihange und Doel begrenzt sind, steigt der Handlungsdruck.

Einstimmige Syrien-Resolution

UN-Sicherheitsrat beschließt Beobachtermission für Aleppo

New York. Die UNO entsendet Beobachter zur Lage der Zivilisten in der syrischen Großstadt Aleppo. Der UN-Sicherheitsrat votierte am Montag einstimmig für eine entsprechende Resolution. Es ist das erste Mal seit Monaten, dass sich die Staaten in dem UN-Gremium zu einem gemeinsamen Vorgehen im syrischen Bürgerkrieg durchringen konnten.

Die Beobachter sollen die Evakuierung aus dem bislang von Rebellen gehaltenen Ostteil der Stadt überwachen und über die Lage berichten. Die syrischen Regierungstruppen hatten mit Unterstützung der russischen Armee und iranischer Milizen das über Jahre erbittert umkämpfte Aleppo vor wenigen Tagen zurückerobert. Die UNO schätzt, dass sich noch 40 000 Zivilisten in den letzten von den Aufständischen gehaltenen Gebieten aufhalten sowie bis zu 5000 Kämpfer und ihre Familien. Nach einer Unterbrechung der Evakuierungen wegen Brandanschlägen waren am Montag wieder Tausende Menschen aus der Stadt in Sicherheit gebracht worden. AFP/nd Seite 7

Botschafter schwer verletzt

Ankara: Russischer Diplomat in Ausstellung angeschossen

Istanbul. Bei einem bewaffneten Angriff in Ankara ist der russische Botschafter türkischen Medienberichten zufolge schwer verletzt worden. Andrej Karlow sei am Montag bei einer Kunstaussstellung in der türkischen Hauptstadt von einem unbekanntem Angreifer angeschossen worden, berichteten die türkischen Fernsehsender NTV und CNN-Türk. Mehrere weitere Menschen wurden demnach bei dem Angriff verletzt.

Der Angriff ereignete sich während einer Ausstellungseröffnung im Cagdas Sanatlar Merkezi, einer wichtigen Ausstellungshalle im Cankaya-Viertel, in dem die russische sowie viele andere Botschaften liegen.

In den vergangenen Tagen hatte es in der Türkei wiederholt Proteste vor den Botschaften Irans und Russlands wegen deren Unterstützung für die Offensive der syrischen Regierungstruppen gegen die Rebellen im syrischen Aleppo gegeben. In der türkischen Bevölkerung ist die Empörung groß über die russische Unterstützung für das Vorgehen der syrischen Regierung in Aleppo. AFP/nd

Die Agenda 2010 ist schuld

IG Metall-Chef führt AfD-Erfolge auf soziale Ungerechtigkeit zurück

Berlin. IG Metall-Chef Jörg Hofmann führt die Erfolge der AfD auch auf zunehmende Ungleichheit zurück. Die »Prekarisierung, die gerade einen Teil der Arbeiterschaft betrifft«, sei mitursächlich für die Attraktivität der Rechtspopulisten, sagte Hofmann dem »Tagesspiegel«. »Digitalisierung, Globalisierung und demografischer Wandel treffen auf eine Gesellschaft, die von Unsicherheit und Ungleichheit gekennzeichnet ist.« Das seien die Folgen der von der SPD beschlossenen Agenda 2010.

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) räumte laut dem Magazin »Cicero« ein, dass die SPD mitverantwortlich sei für die Wahlerfolge der AfD. »Jede Wahlanalyse in diesem Jahr hat gezeigt, auch Wähler der SPD wechseln zur AfD«, so Weil. »Also kann die SPD an dieser Stelle in der Vergangenheit nicht alles richtig gemacht haben.« Die SPD müsse sich vorhalten lassen, dass sie den Kontakt zu dem Teil ihrer Klientel verloren habe, der nicht von der Globalisierung oder der Einwanderung profitiere und seine kulturelle Identität bedroht sehe. Agenturen/nd

